

38.
Schweizerische Gesandtschaftin
Berlin.N^o 13.9. Juni 98
an in...
Signaturen VN^o 13. 98Berlin den 7^{ten} Juni
1898
SCHWEIZER. POLIT. PART.
9-JUN. 1898
S 11/
VIII

Hochgeachteter Herr Bundespräsident!

Die viel commentirte Rede Chamberlain's ist in den hiesigen gouvernementalen und politischen Kreisen sowohl unmittelbar nach deren Bekanntwerden, als auch in der Folge ausnahmslos nicht ernst genommen worden. Dabei liess man sich und lässt man sich fortgesetzt vor Allem von dem Kriterium leiten, dass England mit Rücksicht auf seine constitutionellen Verhältnisse und auf seine politischen Traditionen überhaupt nicht in der Lage ist, feste Allianzen einzugehen. Natürlich schliesst dies aber, auch nach diesseitiger Auffassung, keineswegs aus, dass in der öffentlichen Meinung und in der Presse Englands das Gefühl der politischen Isolirtheit und folgerichtig das Bedürfniss einer politischen Anlehnung an die Grossmacht Amerika sich zur Zeit wirklich geltend macht, wobei man wohl prophylactisch auch die Fahrung der englischen Interessen in Canada in's Auge fasst. Diese Beurtheilung der Situation stimmt also in der Hauptsache

An das Schweizerische

mit

Politische Departement

49

in Bern.



mit der Auffassung überein, welche Herr Bourcart in seinem Berichte vom 24^{ten} Mai vertreten hat und wonach das englische Cabinet, die gedachte Rede betreffend, mit Chamberlain nicht identificirt werden darf. Damit scheint mir - beiläufig bemerkt - auch der Widerspruch gehoben, welcher zwischen den angeblichen, von Chamberlain vertretenen Bündnis-Aspirationen Englands und der von mir, in meinem Berichte vom 5^{ten} Mai gemeldeten Anregung des englischen Cabinetts betreffend neue Demarchen der Grossmächte gegenüber Amerika zu bestehen schien. Diesen letzteren Punkt betreffend möchte ich unter Bezugnahme auf den sachbezüglichen Passus in dem Berichte des Herrn Hardy, vom 17^{ten} Mai, wiederholen, dass mir die fragliche Mittheilung von denkbar zuverlässigster Seite zugegangen und in ihren Einzelheiten so präcis gehalten war, dass ich dieselbe als unbedingt dem Thatbestande entsprechend aufrecht erhalten muss.

Gegenüber den in der Presse periodisch auftauchenden Meldungen über neue Interventions- bezw. Mediations-Demarchen der Mächte gegenüber den Regierungen von Amerika und Spanien habe ich zu berichten, dass mir gestern im Auswärtigen Amte versichert worden ist, es sei dort von solchen Schritten absolut nichts bekannt; zur Zeit heisse es ja, Russland beabsichtige einen derartigen Schritt zu thun; auch hierüber habe man aber hier bis jetzt Keinerlei Mittheilung erhalten und es vertrete das Auswärtige Amt, nach wie vor, die Auffassung, dass für eine solche Intervention der richtige psychologische

Moment abgewartet werden müsse, wenn anders sich die Mächte nicht neuen Echecs aussetzen wollen.

Die Beziehungen zum Ausland anbelangend ist aus Berlin zur Zeit wenig von besonderer Bedeutung zu melden, mit Ausnahme des fortgesetzten Erfolges der Politik der Kaiserlichen Regierung in Ostasien, welchem sich dormalen auch die ganze Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung und der Presse zuwendet. Man wird übrigens auch auf unbetheiligter Seite zugeben müssen, dass Deutschland in dieser Frage in der That einen grossen Erfolg erzielt hat und dass die Art und Weise, wie der Kaiser von China den Prinzen Heinrich von Preussen empfangen und mit Ehren überhäuft hat, ein epochemachendes Novum ist.

Die Beziehungen Deutschlands zu Russland sind gut; ebenso gestaltet sich der hiesige amtliche Verkehr mit der französischen Regierung fortwährend ganz leidlich, so dass zur Zeit eine besondere Veranlassung dafür nicht besteht, dass der ungeschwächte Fortbestand des Dreibundes von den Spitzen der Regierungen demonstrativ documentirt werde. Das derselbe, wie einige meiner Herren Collegen in ihren Berichten andeuten, an Marasmus Kranke, möchte ich überhaupt bezweifeln. Ich stelle nämlich dem Kriterium, dass in der letzten Zeit in den Thronreden oder in den „Exposés“ der leitenden Minister der Dreibund keine besondere Erwähnung gefunden hat etc. folgende Erwägungen entgegen: Der Dreibund, der, wie bekannt, einen ausschliesslich defensiven Untergrund und Zweck hat, ist mit Rücksicht auf die oben angedeutete Situation für den Moment, ich möchte sagen: „gegenstandslos“. Deutschland steht also gut zu Russland und unterhält in Folge der intimen Beziehungen

Beziehungen zwischen Petersburg und Paris auch ganz leidliche Beziehungen mit der französischen Regierung. Oestreich-Ungarn hat sich Russland ebenfalls wieder genähert und betreffend die beiderseitigen Interessensphären im Orient verständigt. Diesbezüglich sei noch erwähnt, dass die Deutsche Regierung über die Pourparlers zwischen Wien und Petersburg von der oesterreich-ungarischen Regierung von Anfang an unterrichtet und mit diesen Verhandlungen vollkommen einverstanden war. Auch Italien anbelangend liegt gegenwärtig nichts vor, was eine besondere Accentuierung des Dreibundes als opportun erscheinen lassen könnte. Andererseits ist nicht ausser Acht zu lassen, dass die Kaiser von Deutschland und von Oestreich-Ungarn fortgesetzt jeden erdenklichen Anlass dazu benützen, um die Intimität der beiderseitigen Beziehungen zum Ausdruck gelangen zu lassen und was auch in dem Verkehre der beiden Kaiser und Regierungen mit Italien und vice versa nach meinen Wahrnehmungen ein Erkalten der bisherigen Beziehungen nicht zu Tage getreten ist. Kurz, ich vermag an der Absicht der Vertragsregierungen, den Dreibund ungeschwächt aufrecht zu erhalten, bis auf Weiteres nicht zu zweifeln und schreibe die „apparances“ einer Lockerung desselben ausschliesslich dem Umstande zu, dass eben, wie schon bemerkt, gegenwärtig keine besondere Veranlassung vorliegt, die Lebensfähigkeit dieses Bündnisses besonders zu Tage treten zu lassen.

Die innere Politik betreffend dreht sich momentan so ziemlich Alles um die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen, welche am 16^{ten} J. M. stattfinden sollen. Im Allgemeinen dürfte diese Neuwahlen eine erhebliche Verschiebung in den Stärkeverhältnissen der einzelnen Parteien nicht herbeiführen; doch ist es wahrscheinlich, dass einerseits die Fraction der Agrarier und andererseits diejenige der Socialdemokraten einen kleinen Zuwachs erhalten werden, und zwar auf Kosten der liberalen und vor nicht zu den Agrariern sans phrase gehörenden Conservativen.

Gnädigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner aus-
gezeichneten Hochachtung.

Ihr ergebener

Tom